

Satzung

über den Bebauungsplan "Tal IV"



1 1. NOV. 1988
LANDRATSAMT WALDSHUT

Nach § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I, S. 2253), § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 28. November 1983 (GBl. S. 770), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 03. Oktober 1983 (GBl. S. 577), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 18. Mai 1987 (GBl. S. 161), hat der Gemeinderat der Stadt Wehr am 06. September 1988 den Bebauungsplan Tal IV als Satzung beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist der Lageplan vom 22.06.1988 maßgebend.

§ 2

Bestandteile der Satzung

Der Bebauungsplan besteht aus

1. Übersichtsplan vom 22.06.1988
2. Lageplan mit zeichnerischem und textlichen Teil vom 22.06.1988

§ 3

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 74 LBO handelt, wer den aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 73 LBO getroffenen Festsetzungen des Bebauungsplanes zuwiderhandelt.

§ 4

Inkrafttreten

Dieser Bebauungsplan tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Wehr, den 06. September 1988



Bürgermeisteramt

I.V. 
Beigeordneter

BEGRÜNDUNG

angezeigt am 1 1. NOV. 1938
LANDRATSAMT WALDSHUT



zum Bebauungsplan "Tal IV"

I. Ziele und Zweck des Bebauungsplanes

Zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Innenstadt, vor allem der Mangel an öffentlichen Stellplätzen, macht es dringend notwendig, entsprechende Parkplätze bereit zu stellen. Nachdem eine einvernehmliche Regelung über die Eigentumsverhältnisse im Bereich der Grundstücke Flst.Nr. 260, 261, 271 und 273/1, Gemarkung Wehr, getroffen werden konnte, ist es dem Eigentümer der Grundstücke Flst.Nr. 271 u.a. möglich, die für seinen Betrieb notwendige Lagerhalle zu bauen. In diesem Zusammenhang besteht die Möglichkeit für die Stadt, auf der Lagerhalle ein öffentliches Parkdeck anzulegen, auf welchem 38 öffentliche und 4 private Stellplätze untergebracht werden können. Die städtebaulichen und sonstigen öffentlichen Belange.-Gestaltung, Lärmschutz u.a. - werden dabei berücksichtigt.

II. Gründe für Festsetzungen nach § 9, Abs. 1 BauGB

Der besondere Nutzungszweck ist durch die besonderen städtebaulichen Gründe, baldige Herstellung dringend notwendiger öffentlicher Stellplätze, erforderlich. Mit der Ausweisung des Parkdecks wird das wichtige Ziel der günstigen Erreichbarkeit und Zugänglichkeit ermöglicht.

III. Sonstige besondere Maßnahmen

Aus städtebaulichen Gründen wird das Parkdeck überdacht. Zum Schutz für die angrenzenden Grundstücke vor Lärmimmissionen wird die Rampe (Zu- und Abfahrt) in geschlossener Bauweise errichtet. Die Seitenwände werden so ausgebildet, daß sie lärmabsorbierend wirken.

Die zulässigen Lärmwerte dürfen den Planungsrichtpegel (äquivalenter Dauerschallpegel) in dB (A) für ein Mischgebiet - Tag 60 dB (A), Nacht 45 dB (A) - nicht überschreiten.

IV. Voraussichtliche Kosten für die Erschließung

Kosten für die Erschließung entstehen keine.

V. Städtebauliche Daten

Größe des Planungsgebietes	= 1.003 ha
a) Mischgebiet	= 0.782 ha
b) Grünflächen	= 0.041 ha
c) Straße, Versorgungsflächen	= 0.180 ha

VI. Bodenordnung

Die Bodenordnung erfolgt durch eine freiwillige Grenzbereinigung.

Wehr, den 22. Juni 1988



I.V. *Kirch*
Beigeordneter

.....
Der Bürgermeister

DIPL.-ING. H. RICHTER
STADTPLANER

Richter
.....
Der Planverfasser

angezeigt am

11. NOV. 1988



LANDRATSAMT WALDSHUT